

## **Stellungnahme**

zu dem

### **II. Konsultationspapier zur Reform der Eigenkapitalvorschriften von Banken und Wertpapierfirmen (Baseler Akkord)**

**Berlin, im Mai 2001**

Am 16. Januar 2001 wurde vom Baseler Ausschuss das zweite Konsultationspapier zur Reform der Eigenkapitalvereinbarung für Kreditinstitute vorgestellt. Die wichtigsten Neuerungen im Vergleich zum ersten Konsultationspapier sind die Anerkennung der Bemessung des Kreditrisikos über bankinterne Rating-Verfahren und die Berücksichtigung des Portfolioratings, die ja bekanntlich eine Kernforderung des ZDH war.

Trotz allem sind die Gefahren für eine weitere Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen auch mit dem aktuellen Konsultationspapier nicht gebannt. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen haben in Zukunft grundlegende Veränderungen in der Unternehmensanalyse und Offenlegung der Ergebnisse sowie zumindest teilweise Änderungen der Strukturen ihrer Planungssysteme vorzunehmen. Hinzu kommt, dass auf Grund der vorliegenden Vorschläge des Baseler Ausschusses kleine und mittelständische Unternehmen im Durchschnitt mit einer höheren Eigenkapitalunterlegung und damit mit höheren Kreditkosten zu rechnen haben.

Der ZDH begrüßt nach wie vor den Kerngedanken der angestrebten Novellierung, eine Differenzierung der Eigenkapitalanforderungen der Kreditinstitute in Abhängigkeit des tatsächlichen Risikos vorzunehmen. Allerdings besteht aus unserer Sicht noch erheblicher Klärungs- bzw. Änderungsbedarf. Deshalb wird im Folgenden zu den, die Interessen der Handwerksunternehmen berührenden Punkten, Stellung genommen:

1. Die Ableitung der Risikogewichte innerhalb des internen Ratingansatzes ist gemäß dem Konsultationspapier abhängig von der Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeit, des Verlustes bei Ausfall, der voraussichtlichen Kreditinanspruchnahme bei Ausfall sowie im Einzelfall von der (Rest-) Laufzeit. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Risikogewichte für das bankinterne Rating zu hoch angesetzt sind. So ist gemäß Berechnungen des Baseler Ausschusses bei einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 0,7 % wie bisher eine Bonitätsgewichtung von 100 % vorzunehmen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im Jahr 2000 die Konkursrate aller Unternehmen in Deutschland bei 0,78 % (Quelle: Creditreform) lag, ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Unternehmen zukünftig mit schlechteren Kreditkonditionen zu rechnen hat. Dies um so mehr, da die Ausfallrate wesentlich höher anzusetzen ist, weil Kunden mit einem Zahlungsverzug von 90 Tagen von den Kreditinstituten mit einem Kreditausfall gleichzusetzen sind, die jedoch in der Konkursrate nicht berücksichtigt wurden. Der Grund für diesen u. E. überhöhten Ansatz der Risikogewichte ist zum einen die Berücksichtigung so genannter erwarteter Verluste, die jedoch bereits über entsprechende Risikoprämien abgedeckt sind. Hinzu kommt, dass in diesem Zusammenhang auch Risikopuffer berücksichtigt werden sollen, deren Höhe und Berechnungsgrundlage bisher nicht beziffert wurden. Damit zahlt der Kreditnehmer künftig zum einen für die tatsächlichen Risikokosten, zum anderen für die zusätzlichen Kosten einer höheren Eigenkapitalunterlegung. Dies wird sich vor allem für die mittelständischen Kreditnehmer bemerkbar machen. Der ZDH fordert deshalb die Befreiung

der Eigenkapitalanforderungen von den erwarteten Verlusten sowie Offenlegung und Überprüfung der berücksichtigten Risikopuffer.

2. Zudem ist es unverständlich, warum im erweiterten internen Ratingansatz die Restlaufzeit der Kredite zu berücksichtigen ist. Je höher die Restlaufzeit ist, desto höher ist der zu berücksichtigende Faktor. Damit werden langfristige Kredite eindeutig benachteiligt, die in Deutschland jedoch ein traditionelles Finanzierungsinstrument kleiner und mittelständischer Unternehmen darstellen. Für derartige Eigenkapitalzuschläge, die die Investitionsfinanzierung erheblich verteuern würden, gibt es keine sachliche Rechtfertigung. Ohnehin hat jährlich eine Überprüfung der Kreditengagements zu erfolgen, in deren Ergebnis eine Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers mit einer Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung und damit erhöhten Kreditkosten zu ahnden ist.
3. Der ZDH begrüßt insbesondere die Einführung eines gesonderten Retailportfolios, das auch auf die Kredite kleiner Unternehmen Anwendung finden soll. Dies um so mehr, da im Rahmen von Retailportfolios erfasste Kredite mit vergleichsweise geringem Eigenkapital zu unterlegen sind, was sich auf die Kreditkonditionen günstig auswirken dürfte. Bei der Abgrenzung bzw. Klassifizierung von Krediten im Sinne eines Retailportfolios sollten die Kriterien jedoch nicht zu restriktiv bemessen werden. Die Kreditobergrenze, bis zu der Kredite im Portfoliorating Berücksichtigung finden, soll von den nationalen Aufsichtsbehörden festgelegt werden. Der ZDH fordert deshalb, diese Grenze bei einer Höhe anzusetzen, in deren Ergebnis die Mehrheit der Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen im Rahmen des Portfolioratings erfasst werden können.
4. Auch im Rahmen des internen Ratings werden zukünftig erhöhte Anforderungen an die Unternehmen hinsichtlich Offenlegung und Transparenz gestellt werden. Des Weiteren werden branchen-, regionen- und produktbezogene Vergleichsdaten eine große Rolle bei der Bewertung der Unternehmen spielen. Um zu einer verlässlichen Einschätzung der Unternehmensbonität zu gelangen, sollten die Wirtschaftsverbände in den Prozess der Entwicklung von Kreditrisikomodellen in angemessener Weise einbezogen werden. Unbedingt zu vermeiden ist, dass einzelne Unternehmen durch eine zu starke Gewichtung des Branchenumfelds als Ratingkriterium in „Sippenhaft“ genommen werden.
5. Wir begrüßen grundsätzlich die Erweiterung der bei der Eigenkapitalbestimmung anrechenbaren Sicherheiten. Allerdings sollte die Erweiterung dieses Sicherheitenkatalogs nicht auf halbem Wege stehen bleiben. So ist es in unseren Augen unverständlich, warum in Deutschland bewährte Sicherheiten (z. B. Sicherungsübereignung, Zession, Bausparguthaben etc.) nicht risikomindernd wirksam werden.
6. Im Bereich der Garantien/Bürgschaften sollen die Bonitätsgewichte zukünftig substituiert werden. Allerdings gilt dies lediglich für einen eingeschränkten Kreis von Garanten (Banken/Staaten). U. E. muss gewährleistet sein, dass Bürgschaftsinstrumente, wie sie in Deutschland weit verbreitet sind, als Grundlage für die Gewährung von entsprechenden Eigenkapital-

- erleichterungen vollständig, d. h. ohne zusätzliche Sicherheitsabschläge, anerkannt werden.
7. Bei dem von der KfW vorgestellten Finanzierungsinstrument der ABS-Transaktionen handelt es sich um die Verbriefung synthetischer Risiken. Das heißt, dass die Kreditrisiken in einem Portefeuille gebündelt, verbrieft und am Kapitalmarkt plziert werden. Die Forderungen verbleiben jedoch bei den Kreditinstituten. Dieses Instrument führt bisher zur Risikoentlastung und damit zur Senkung der Eigenkapitalunterlegungspflicht. Dieser für die Mittelstandsfinanzierung durchaus sinnvolle Ansatz, wurde im Baseler Konsultationspapier nicht berücksichtigt. Die Verbriefung synthetischer Risiken wird deshalb im Rahmen der Regelungen für Kreditderivate erfasst, die allerdings sehr restriktiv gestaltet wurden. Nach den vorliegenden Regelungen würden ABS-Transaktionen nicht risikomindernd wirken, womit das Instrument quasi sinnlos wäre. Im weiteren Konsultationsprozess ist darauf hinzuwirken, dass derartige Initiativen nicht durch überzogene bankaufsichtliche Regulierungen behindert werden.
  8. Auch im 2. Konsultationspapier des Baseler Ausschusses fließen neben den Kredit- und Marktrisiken die operationellen Risiken in die Höhe des zu unterlegenden Eigenkapitals ein. Obwohl im Konsultationspapier bereits 3 Möglichkeiten zur Quantifizierung vorgegeben sind, erfolgt die konkrete Ausgestaltung erst im Verlauf des Konsultationsprozesses. Vor diesem Hintergrund sind derzeit keine genauen Angaben möglich, in welchem Maße die Berücksichtigung operationeller Risiken zur Erhöhung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung führt, die indirekt negative Auswirkungen auf die Kreditnehmer haben wird. Denn: zusätzliche Kostenbelastungen auf Grund steigender Eigenkapitalunterlegungspflichten werden die Kreditinstitute an die Kreditnehmer weitergeben. Der ZDH fordert deshalb eine risikoadäquate Eigenkapitalunterlegung, die im Ergebnis jedoch nicht zur Steigerung der Eigenkapitalbelastung führen darf.
  9. Auf Grund der im zweiten Konsultationspapier berücksichtigten Vorgehensweise werden insbesondere Existenzgründer zukünftig mit schlechteren Finanzierungsbedingungen konfrontiert (und zwar auch beim Portfoliorating). So werden Kreditnehmer auf Grundlage vorliegender Vergangenheits- und Zukunftsdaten in Ratingklassen (beim Portfoliorating: Bonitätsklassen) eingeordnet. Da Existenzgründer lediglich Zukunftsdaten vorweisen können, werden sie automatisch in schlechtere Rating- bzw. Bonitätsklassen eingestuft, was zumindest verhältnismäßig schlechtere Konditionen zur Folge hat. Der ZDH fordert deshalb die Berücksichtigung der besonderen Problematik der Existenzgründer bzw. entsprechende Maßnahmen seitens der Bundesregierung zum Ausgleich zukünftiger Benachteiligungen.